

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Einheitspreis: 10 Pfennige  
Satzpreis für Abonnenten aus Ausland  
10 Pfennige, ausserdeutsche  
Ausgaben 20 Pfennige, Reichspost  
10 Pfennige, ausserdeutsche Post  
10 Pfennige, ausserdeutsche Post  
10 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Aue Leipzig Nr. 1900

Nr. 236

Mittwoch, den 9. Oktober 1929

24. Jahrgang

### Die Sozialdemokratie gegen Regierungsumbildung

Der „Sozialdemokratische Pressediensl“ geht in seiner gestrigen Ausgabe auf die Presseerörterungen über die Nachfolge Stremanns ein und wendet sich scharf gegen eine Umbildung des gesamten Kabinetts. „Es wird gut sein, von vornherein klarzustellen, daß die Sozialdemokratie solchen Bestrebungen durchaus abneigt ist. Sie denkt nicht daran, irgendwelchem Drängen nachzugeben und einen ihrer Vertreter im Kabinett zu opfern, selbst wenn man ihr dafür ein anderes Minnert zur Verfügung stellen wollte. Ganz abgesehen davon, daß nach ihrer Ansicht jeder ihrer vier Minister den Anspruch genügt, die sie zu stellen hat, würde sie es für verhängnisvoll halten, wenn in diesem Augenblick eine Regierungskrise — und auf eine solche würde jeder Versuch einer Umbildung hinauslaufen — ohne Rot heraufbeschworen würde. Ueber die Person des zukünftigen Außenministers wird man sich noch zu unterhalten haben. Es ist richtig, daß gerade dieser Posten nicht nach den Grundsätzen der Fraktionsaristmetik besetzt werden sollte, und nur auf eine Gefahr sei schon jetzt aufmerksam gemacht, auf die nämlich, die in der Ernennung eines Berufsdiplomaten liegt.“

#### Der Vorsitzende der Zentrumspartei über die Nachfolgeschafft Stremanns

In der gestern eröffneten Herbsttagung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei wiederten, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, Justizrat Mörsig und Prälat Kaas dem Andenken Dr. Stremanns tiefsinnige Worte. Der Vortrag vom Reichsminister Dr. Wirth über „Young-Plan und Westprogramm“ wurde infolge des unerwarteten Ablebens des Reichsausßenministers nicht gehalten. Der Parteivorsitzende, Prälat Kaas, stießte in einem Schlusswort die Frage der Nachfolgeschafft Stremanns nach der grundsätzlichen Seite hin. Er erklärte mit Rücksicht darauf, daß in der Öffentlichkeit auch sein Name genannt worden sei, für ihn als Parteiführer komme die Übernahme eines Ministeriums nicht in Frage. Trotzdem könne es aber dem Zentrum nach der sachlichen Seite hin nicht gleichgültig sein, wie dieses Ministerium besetzt werde. Die Röfe, die Dr. Stremanns Tod geschaffen habe, sei groß und vielleicht innenpolitisch größer als außenpolitisch. Des-

halb müsse das Zentrum bei der endgültigen Besetzung des Außenministeriums — in welcher Person, lasse er ebenso dahingestellt wie die Frage, ob Parlamentarier oder Beamter — verlangen, daß alle Mitglieder des Kabinetts die Gewähr für die innere Konstanz des Kabinetts in seinen innen- und außenpolitischen Aufgaben hätten. Diese rein sachlichen Fragen seien für das Zentrum allein maßgebend. Nur von diesem Gesichtspunkt aus würde das Zentrum an die Prüfung der Vorschläge des Kanzlers herantreten, müsse aber deshalb auch den Anspruch anmelden, bei der endgültigen Besetzung sachlich gehört zu werden.

Der englische Ministerpräsident erhielt den deutschen Reichsausßenminister im amerikanischen Senat

Der englische Ministerpräsident Macdonald stellte gestern dem Kongress in Washington seinen Bericht ab. zunächst begab er sich ins Repräsentantenhaus. Von dort wurde er von vier Senatoren in den vollbesetzten Senat geleitet, nachdem die Sitzung vertagt war. Die Tribünen waren nicht gefüllt, der französische Botschafter saß in der Diplomatensage. Als Macdonald eintrat, wurde er durch langanhaltendes Händeklatschen gefeiert. Vizepräsident Curtis begrüßte Macdonald durch eine Ansprache, in der er u. a. sagte, er erhoffte die Lösung der Flottenfrage von diesem Besuch.

Macdonald, der hierauf das Wort erhielt, dankte für das Willkommen und erklärte, er finde viele gemeinsame Nähe in den Parlamenten der Vereinigten Staaten und Englands, und er wundere sich darüber, daß die Vereinigung zwischen den beiden Ländern solange verzögert wurde. Er sei hier, um Missverständnisse auszurotten. Weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten von Amerika würden ein Bündnis abschließen, das sich gegen ein anderes Volk oder gegen eine Gruppe von Nationen richte. Man müsse jetzt an die Friedensarbeit gehen, nachdem Kellogg und Briand den historischen Pariser Friedenspakt geschaffen hätten. Ein Name, den er in diesem Zusammenhang noch nennen wolle, sei Gustav Stresemann. Ein stiller, starker, heldenhafter Kämpfer für die Friedenssache, der, im Ausland und in der Heimat von Feinden umgeben, für Deutschland und die Weltfriedung sehr gekämpft habe. Er wolle durch die Erwähnung der großen Verdienste Stresemanns an dieser Stelle gleichsam einen Krantz auf sein Grab legen.

Die Rede, der minutenlanges Klatschen folgte, hinterließ einen tiefen Eindruck.

menstisch mit Kommunisten. Stahlhelmleute, die aus dem Versammlungslokal in die Schankstube kamen, wurden von mehreren Kommunisten belästigt, woraus sich bald eine schwere Schlägerei entwickelte. Die Polizei schritt ein und nahm die kommunistischen Störenfriede fest. Sechs von ihnen wurden mit verbundenen Köpfen ins Sprottauer Gerichtsgefängnis eingeliefert; von ihnen wurden zwei wieder entlassen. Die Verhafteten werden sich wahrscheinlich wegen Landfriedensbruch zu verantworten haben.

#### Lieferung eines deutschen Riesenflugzeuges an Frankreich

Nach einer Meldung der „Wossischen Zeitung“ hat die französische Regierung den Rohrbach-Werken in Berlin einen über Reparationskonto laufenden Auftrag auf ein Roman-Riesenflugzeug im Werte von einer Million RM erteilt.

#### Entthüllungen und Verdächtigungen

##### Um die Namen der „Anzugliste“

Die „Machtzeitung“ hatte gestern einige Namen aus der sogenannten „Anzugliste“ veröffentlicht, mit Oberbürgermeister Böß und Bürgermeister Schneider an der Spitze, denen eine ganze Reihe von Stadträten und Stadtverordneten folgten. Mehrere der Benannten, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, veröffentlichten im „Vorwärts“ Erklärungen, in denen sie betonen, daß sie niemals geschäftlich mit den Gebrüdern Skarek zu tun gehabt haben, und daß sie Strafantrag gegen die „Machtzeitung“ wegen Verleumdung stellen würden. Die „Deutsche Zeitung“ erschert vom Nachrichtenamt der Stadt Berlin, daß man am Montag abend versucht hat, mit Oberbürgermeister Böß in Amerika zu telefonieren, um ihm über den neuesten Stand der Skarek-Affäre zu unterrichten und ihn über die Nennung seines Namens auf der sogenannten Anzugliste der Skarek zu befragen. Schließlich sei noch eine Mitteilung der „Roten Fahne“ mit allem Vorbehalt wiedergegeben, daß auch der Oberstaatsanwalt Tegelmann, der die Untersuchung gegen die Skarek führt, in privaten Beziehungen zu den Brüdern Skarek gestanden habe, und daß auch sein Name auf der Anzugliste stehe.

##### Prokurist Liebert beurlaubt

Der Prokurist der Berliner Unschaffungsgesellschaft, Jakob Liebert, gegen den im Zusammenhang mit der Affäre Skarek die schwersten Beschuldigungen erhoben wurden, ist gestern von seinem Amt bis zur endgültigen Klärstellung beurlaubt worden.

##### Das Konkursverfahren gegen die Skarek eröffnet

Vom Amtsgericht Berlin-Mitte ist gestern vor mittags 11.30 Uhr das Konkursverfahren gegen die Skarek eröffnet worden.

### Landesverratsverfahren gegen Hindenburg gefordert

Im „Reichswart“ greift der nationalsozialistische Abgeordnete Graf Steventon den Reichspräsidenten von Hindenburg in einer Weise an, die sowohl in ihrer Form als in ihrer Schärfe alles bisherige übertrifft:

„Halten wir uns an die brennende Frage, den Kampf gegen den Young-Plan! Hindenburg hat Dr. Stresemann nach dessen Rückkehr aus dem Haag bestätigt. Er billigt also den Young-Plan, ebenso wie er bisher alles gebilligt hat, was Stresemann an politischen Verbrechen gegen das deutsche Volk begangen hat, von Locarno bis zum heutigen Tage. Und dieser Dank an Stresemann durch den Reichspräsidenten war ein höchst politischer Akt, berechnet, auf die Volksstimme zu wirken und das Urteil zu beeinflussen und besonders all den Kreisen, die sich national neu machen, zu sagen: sogar der verehrte Feldmarschall heißt Stresemanns Young-Plan-Politik gut... Hier kommt es lediglich auf die Feststellung an, daß Hindenburg ungeachtet besten Willens die Politik treibt oder untersagt, die wir für unabdingt verderblich und landesverräterisch halten. Wenn nun in dem Volksbegehren die Landesverratsstrafe für Minister verlangt wird, die für den Young-Plan eintreten, so war es schon nah daran, das Volksbegehren zu einer politischen Kündigung zu machen, wenn man gewißlich entrüstet rief: „Über Hindenburg, unser Hindenburg muß doch ausgenommen werden!... Und wenn wir ein Gesetz wollen, das Landesverrat als Landesverrat bestraft, so ist es uns vollkommen gleichgültig, ob dadurch auch jemand getroffen werden könnte, der eins Vergangenheit und Eigenschaften hat, wie — in diesem Falle Hindenburg.“ — Deutlicher kann das nicht sein.“

teilen, den britischen Anteil an Togo und das vormalige Deutsch-Kamerun Deutschland zurückzuerstatten.

#### Neue Grenzanklage an der russisch-chinesischen Grenze

Aus Chabarowsk wird gemeldet: Am 3. Oktober drang eine vereinigte weihgardistisch-chinesische Infanterie- und Kavallerieabteilung in der Nähe des Hankow-Sees auf Sowjetgebiet ein. Am 4. Oktober eröffneten weihgardistisch-chinesische Truppen bei Mandchuria Gewehr- und Maschinengewehrfeuer auf die Sowjettruppen. Kühnliche Angriffe werden auch aus dem Amur und dem Ussuri-Flussgebiet gemeldet.

#### Revision im Egermannprozeß

Wie die „Münchener Zeitung“ aus bester Quelle erfährt, hat der Oberstaatsanwalt gegen den Spruch des Schwäbischen Gerichts auf Einstellung des Verfahrens gegen Egermann Revision beim Reichsgericht eingezogen.

#### Und willst du nicht mein Bruder sein...

Schlägerei nach einer politischen Versammlung  
In Wartendorf am Wald (Bayern) kam es am Sonnabend nach einer sozialdemokratischen Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Blumhoff über das Thema „Der Young-Plan und seine Folgen“ sprach, zu schweren Zusammenstößen, bei denen 16 Nationalsozialisten und 14 Reichsbannerleute leicht verletzt und 3 Nationalsozialisten schwer verletzt wurden. Die drei Schwerverletzten mußten mit bedenklichen Schädelbrüchen in eine hohe Privatklinik eingeliefert werden.

#### Politische Schlägerei in einer Schankwirtschaft

Bei einer Stahlhelmversammlung in Prümtenau (Kreis Sprottau) kam es am Sonnabend abend zu einem schweren Zusammen-